

Begrüßung, Ansprache, Vorstellung des Preises

Dr. Matthias-Lange-Fluchthilfepreis 2026

Katholische Akademie Hannover, 19. September 2026 — vorgesehene Redezeit ca. 20 Minuten

Liebe Mitglieder,

liebe Gäste,

liebe Vertreter:innen des CompassCollective,

liebe Freundinnen und Freunde des Flüchtlingsrats,

ich freue mich sehr, Sie und euch alle heute hier begrüßen zu dürfen.

Wir sind heute zusammengekommen, um einen Preis zu vergeben, der für uns als Flüchtlingsrat Niedersachsen eine ganz besondere Bedeutung hat: den Dr. Matthias-Lange-Fluchthilfepreis. In diesem Jahr geht er an das CompassCollective aus dem Wendland, das mit der Trotamar III im zentralen Mittelmeer Menschen aus Seenot rettet, Menschenrechtsverletzungen dokumentiert und sich politisch wie juristisch für die Rechte von Menschen auf der Flucht einsetzt.

Kurz zur Orientierung, damit alle wissen, worauf sie sich heute Abend einstellen dürfen: Nach dieser Ansprache und der Vorstellung des Preises hören wir die Laudatio von Prof. Dr. Sabine Hess, Direktorin des Zentrums für Globale Migrationsstudien. Danach hören wir von Katja Tempel, Vorsitzende von Grenzenlos – People in Motion e.V., mehr zum Trägerverein. Im Anschluss zeigen wir den Film „Segeln gegen die Festung Europa“ über die Arbeit des CompassCollective. Danach berichtet uns Matthias WiedenlÜbbert, Skipper und Einsatzleiter sowie Mitgründer des CompassCollective, was diese Arbeit ganz konkret auf See bedeutet – bevor wir gemeinsam zum Essen übergehen. Ich bin sehr gespannt auf diesen Abend, und ich freue mich, dass Sie ihn mit uns verbringen.

Ein Name, der Programm ist

Bleiben wir kurz beim Namen der diesjährigen Preisträger:innen, denn er trifft etwas ziemlich genau: CompassCollective. Ein Kompass ist bekanntlich ein Instrument, das einem hilft, in stürmischer See die Orientierung nicht zu verlieren – auch wenn Wellen, Wind und Strömung einen eigentlich ganz woanders hinziehen wollen.

Man könnte sagen: Genau diese Orientierung fehlt der europäischen Flüchtlingspolitik seit einiger Zeit ziemlich gründlich. Seit Juni 2026 gilt das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem. Es weitet Grenzverfahren aus und beschleunigt sie, es ersetzt das Dublin-System durch eine neue Asyl- und Migrationsmanagement-Verordnung, und es hat das Familienasyl, wie wir es kannten, praktisch abgeschafft – Angehörige erhalten heute nur noch ein abgeleitetes, an die Bezugsperson gekoppeltes Aufenthaltsrecht, keinen eigenständigen Schutzstatus mehr. Gleichzeitig wurden die Aufnahmebedingungen verschärft: längere Wohnpflichten, mehr Bewegungsbeschränkungen, mehr Asylverfahrenshaft, empfindliche Kürzungen bei den Leistungen nach dem

Asylbewerberleistungsgesetz. Der Kurs, den Europa hier eingeschlagen hat, heißt: möglichst wenige sollen ankommen, und wer ankommt, soll es möglichst schwer haben.

Und dann gibt es da noch eine hübsche Pointe, die sich die Realität selbst geschrieben hat: Selbst diesen eigenen, ohnehin schon knapp bemessenen Kurs hält die Bundesrepublik nicht ein. Erst im Juli dieses Jahres hat die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen sechzehn Mitgliedstaaten eröffnet – darunter Deutschland –, weil die europäische Aufnahmerichtlinie, die Mindeststandards für die Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden festlegt, nach Ablauf der Umsetzungsfrist am 12. Juni 2026 nicht vollständig umgesetzt worden ist. Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: Ein Aufforderungsschreiben aus Brüssel nach Berlin, mit der sinngemäßen Botschaft: Nicht einmal die eigenen, selbst verabredeten Mindeststandards werden hier eingehalten. Wer so navigiert, hat, mit Verlaub, kein Problem mit dem Kompass – sondern mit dem Willen, ihn überhaupt zu benutzen.

Zugleich verstärkt die Europäische Union ihre Zusammenarbeit mit Drittstaaten wie Libyen und Tunesien, um Menschen schon vor dem Erreichen Europas an der Weiterreise zu hindern. Die europäische Grenze wandert dadurch immer weiter nach außen, auf das offene Meer hinaus. Und die zentrale Mittelmeerroute bleibt, was sie seit Jahren ist: eine der tödlichsten Fluchtrouten der Welt. Allein von Januar bis April dieses Jahres registrierte die Internationale Organisation für Migration dort mindestens 821 Tote und Vermisste.

Man könnte meinen, so viel Orientierungslosigkeit spiele sich nur auf europäischer Ebene ab. Aber auch bei uns in Niedersachsen mussten wir in diesem Sommer einen eigenen kleinen „Kurswechsel“ erleben – so nennt es das Innenministerium selbst. Mit zwei Erlassen vom 5. und 18. August 2026 wurde der bisherige Runderlass zum Härtefallverfahren nach § 23a AufenthG aus dem Jahr 2022 faktisch außer Kraft gesetzt. Begründet wird das mit dem „niedrigschwelligen Zugang“ und der „großzügigen“ Entscheidungspraxis der Härtefallkommission, die zu steigenden Fallzahlen geführt habe. In der Praxis bedeutet das unter anderem: keine Duldung mehr während der Vorprüfung – wer in dieser Zeit ohne anderweitigen Duldungsgrund dasteht, erhält allenfalls eine Duldung, die, wörtlich, „mit Bekanntgabe der Abschiebung erlischt“. Und ein Härtefallantrag kommt künftig nur noch dann überhaupt zur Beratung, wenn mindestens zwei der drei Mitglieder des Vorprüfungsgremiums zustimmen.

Aus unserer Sicht als Flüchtlingsrat verschiebt sich damit die faktische Kontrolle über Information, Fristen und Abschiebungstermin auf die Ausländerbehörden selbst – und das im Spannungsfeld zu einem Koalitionsvertrag, der eigentlich eine Stärkung der Härtefallkommission versprochen hatte. Auch das gehört zu dem, was ich mit Verlust der Orientierung meine: Ein Verfahren, das eigentlich für die Härtefälle da sein soll, wird per Erlass ein Stück weit zur Formsache gemacht.

Und diese Orientierungslosigkeit endet nicht an den Grenzen von Bund und Land, sie setzt sich bis in die Ratssäle unserer eigenen Stadt fort. Als vor einiger Zeit hier in Hannover die Übernahme einer Patenschaft für ein ziviles Seenotrettungsschiff angefragt wurde, lehnte die SPD-Ratsfraktion dies ab – mit Verweis auf die Kommunalverfassung, auf ein Rekorddefizit im städtischen Haushalt und auf die

Sorge, zehntausend Euro könnten anderen Projekten der internationalen Arbeit fehlen. Inhaltlich hieß es außerdem, eine Patenschaft rette nicht automatisch Menschenleben, und es sei ohnehin ungeklärt, wie Gerettete nach Hannover kommen sollten, da über die Verteilung EU, Bund und Land entscheiden, nicht die Kommune. Man habe sich die Entscheidung „keinesfalls leicht gemacht“, hieß es abschließend.

Das mag formal alles zutreffen. Und doch bleibt ein bitterer Beigeschmack: Dieselbe Summe, die man als zu gering einstuft, um haushaltsrelevant zu sein, wird im nächsten Satz genutzt, um zu begründen, warum sie anderswo fehlen würde – beide Argumente können nicht gleichzeitig stimmen. Wer wie das CompassCollective mit ehrenamtlichem Einsatz, mit Spenden und mit der eigenen Sicherheit auf See Menschen aus Seenot rettet, trifft eben auch auf jene Zurückhaltung, die selbst eine symbolische Geste im Rat für zu riskant, zu unklar oder zu unzuständig hält. Auch das ist, wenn man so will, ein Stück verlorener Kompass – nur eben einer, der schon bei uns vor Ort beginnt.

Genau in diesen Gewässern, in denen Europas Politik so gründlich die Orientierung verloren hat, ist seit 2023 die Trotamar III unterwegs. Mit einem klaren Kurs: Wer in Seenot ist, wird gerettet. Punkt. Nicht erst, wenn die Fluchtgeschichte plausibel erzählt ist. Nicht erst, wenn feststeht, welchen Aufenthaltsstatus jemand später einmal haben wird. Mehr dazu, mit welcher Beharrlichkeit die Besatzungen dabei vorgehen, hören wir gleich in der Laudatio.

Hinter diesen Zahlen stehen Menschen, die ohne Hilfe möglicherweise nicht überlebt hätten. Genau deshalb ist Seenotrettung keine Frage von Migrationssteuerung, sondern eine Frage des Menschenrechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Ein Mensch in Seenot muss gerettet werden – unabhängig davon, warum er aufgebrochen ist und welchen Aufenthaltsstatus er später haben wird.

„Die Auszeichnung des CompassCollective ist auch eine Antwort auf eine europäische Flüchtlingspolitik, die den Zugang zu Schutz immer weiter erschwert und die Verantwortung für Flüchtlinge zunehmend auslagert. Während Europa seine Grenzen nach außen verschiebt, geht das CompassCollective dorthin, wo die Folgen dieser Politik sichtbar und tödlich werden. Die Trotamar III rettet Menschen, dokumentiert Menschenrechtsverletzungen und kämpft dafür, dass Gerettete nicht zurück in Gefahr gebracht werden. Damit setzt das CompassCollective der Logik der Abschottung eine menschenrechtliche Praxis entgegen.“

Europa kann seine Verantwortung für Flüchtlinge nicht dadurch loswerden, dass es seine Grenzen auslagert. Wer Menschen in Staaten zurückbringen lässt, in denen ihnen Inhaftierung, Folter, Gewalt oder andere schwere Menschenrechtsverletzungen drohen, trägt dafür politische Verantwortung. Das CompassCollective macht diese Verantwortung sichtbar und weigert sich, an einer solchen Politik mitzuwirken.

Das CompassCollective lässt sich durch Festsetzungen und Bußgelder nicht davon abbringen, wieder auszulaufen. Es kämpft darum, Menschen retten zu können. Genau das ist angesichts der zunehmenden Behinderung ziviler Seenotrettung von großer Bedeutung: Wer ein Rettungsschiff festsetzt, verhindert nicht die Flucht – er verhindert zunächst einmal Rettung.

Ein europäisches Asylsystem darf nicht daran gemessen werden, wie erfolgreich es Menschen von Europa fernhält. Es muss daran gemessen werden, ob Menschen, die Schutz brauchen, ihre Rechte tatsächlich wahrnehmen können. Das CompassCollective erinnert mit seiner Arbeit daran, dass Menschenrechte nicht erst innerhalb der europäischen Grenzen beginnen.

Der Namensgeber des Preises

Bevor wir dort hinkommen, möchte ich – wie es an diesem Abend inzwischen fast schon Tradition ist – kurz innehalten und an den Menschen erinnern, dem dieser Preis seinen Namen verdankt.

Dr. Matthias Lange starb 2006 im Alter von 56 Jahren. Er war Mitbegründer des Göttinger AK Asyl und hat sich über viele Jahre beim Flüchtlingsrat Niedersachsen und bei PRO ASYL engagiert – nicht nur praktisch, sondern immer auch denkend. Er hat es verstanden, von seinen Erfahrungen aus der alltäglichen Beratungspraxis einen großen Bogen zum Nachdenken über Flüchtlingspolitik insgesamt zu schlagen. Vieles, was er beschrieben hat, hat er als einer der Ersten formuliert; manches hat er vorausgesehen, lange bevor es politische Realität wurde.

Mir geht es jedes Jahr bei der Vorbereitung auf diesen Abend gleich: Ich verliere mich wieder in seinen Texten – und bin jedes Mal aufs Neue beeindruckt, wie klar und wie aktuell vieles davon auch heute noch klingt. Schon vor Jahrzehnten hat er beschrieben, wie sich die Grenzen Europas nach außen verschieben, wie Grenzbefestigungen gewissermaßen exportiert werden. Wer heute auf die zentrale Mittelmeerroute blickt oder auf die Kooperationen mit Libyen und Tunesien, sieht, wie aktuell diese Beobachtung geblieben ist.

Seit der ersten Verleihung 2016 hat der Preis ganz unterschiedliche Formen von Fluchthilfe gewürdigt: die Begleitung eines einzelnen Menschen auf der Flucht, den juristischen Kampf gegen eine rechtswidrige Abschiebung, unternehmerisches Engagement für Ausbildung und Beschäftigung, den Schutz afghanischer Ortskräfte, gelebte Solidarität durch Kirchenasyl. Und dieses Jahr feiern wir dabei, nebenbei bemerkt, auch ein kleines Jubiläum: zehn Jahre Dr. Matthias-Lange-Fluchthilfepreis. Erinnern wir uns kurz an die bisherigen Preisträgerinnen und Preisträger:

- **2016 – Franziska Hagelstein (1. Verleihung):** Die Flüchtlingshelferin aus dem Wendland begleitete einen 15-jährigen unbegleiteten Minderjährigen auf seiner Flucht aus Afghanistan nach Deutschland. Sie wurde dafür zunächst wegen „Schleuserei“ festgenommen, später jedoch für ihren couragierten Einsatz ausgezeichnet.
- **2018 – Sabine Tatge (2. Verleihung):** Die Helferin aus Rodenberg erreichte weitgehend auf sich allein gestellt und gegen den Widerstand von Behörden, dass ein rechtswidrig nach Simbabwe abgeschobener asylsuchender Mann legal nach Deutschland zurückkehren durfte.
- **2021 – Suat Kaya (3. Verleihung):** Der Unternehmer übernahm während des syrischen Bürgerkriegs finanzielle Selbstverpflichtungen und Einladungen für 48 Familienangehörige seiner Angestellten. Dadurch ermöglichte er ihnen die legale und sichere Ausreise mit einem Visum nach Deutschland.
- **2022 – Marcus Grotian (4. Verleihung):** Der Bundeswehrsoldat und Vorsitzende des Patenschaftsnetzwerks Afghanische Ortskräfte wurde für den

unermüdlichen Einsatz seines Netzwerks geehrt. Die Initiative evakuierte nach der Machtübernahme der Taliban hunderte bedrohte Ortskräfte und deren Angehörige mithilfe von Spenden und Safehouses.

- **2024 – Ökumenisches Netzwerk Asyl in der Kirche in Niedersachsen und Bremen (5. Verleihung):** Das bereits 1995 gegründete Netzwerk wurde für sein langjähriges Engagement für die Grund- und Menschenrechte von Schutzsuchenden ausgezeichnet. Es unterstützt Kirchengemeinden bei der Gewährung von Kirchenasyl, hilft bei Rechtsfragen und ermöglicht Betroffenen so, ihre Asylgesuche neu prüfen zu lassen.

Was all diese Preisträgerinnen und Preisträger verbindet – und was uns in diesem Jahr beim CompassCollective besonders überzeugt hat –, ist genau jene Haltung, die auch Matthias Lange vorgelebt hat: Sie warten nicht darauf, dass ein Verfahren, ein Gesetz oder eine Behörde entscheidet, wer Hilfe verdient. Sie handeln, wenn ein Mensch in Not ist.

Matthias Lange hat sich seit seines Lebens mit genau dieser Frage beschäftigt: mit den Rechten von Menschen, die zwischen den Territorien stehen – weder hier noch dort wirklich angekommen, weder hier noch dort wirklich anerkannt. Er hat einmal geschrieben: „Menschenrechtsarbeit beginnt mit dem Kampf um die Rechte für Menschen zwischen den Territorien, rechtlich und politisch.“

Das ist, wenn man so will, der wahre Kompass, an dem sich Flüchtlingspolitik eigentlich orientieren müsste – auf dem Mittelmeer genauso wie in Berlin und Brüssel: nicht die Frage, wie man Menschen draußen hält, sondern die Frage, wie man ihre Rechte durchsetzt, wo auch immer sie gerade stehen. Das CompassCollective hält diesen Kurs, auch wenn andere längst vom Kurs abgekommen sind.

Wie sich dieser Kampf um Rechte ganz konkret auf dem Mittelmeer abspielt, davon wird uns gleich Prof. Dr. Sabine Hess in ihrer Laudatio erzählen.

Vielen Dank, dass Sie und ihr heute hier seid. Mein Dank gilt außerdem ganz herzlich allen Mitarbeiter:innen des Flüchtlingsrats und dem Orga-Team, die diesen Abend erst möglich gemacht haben, sowie der Katholischen Akademie Hannover, die uns heute als Tagungshaus so gastfreundlich aufnimmt. Vielen Dank für euren Einsatz – und ich übergebe das Wort nun an Prof. Dr. Sabine Hess für die Laudatio.